



Silas Gottwald

Die Jugendlichen können mit 18 Jahren leider erst sehr spät wählen gehen und haben auch sehr wenig Unterricht in Politik und Wirtschaft. Sie kommen so nur sehr wenig und oberflächlich mit Politik in Kontakt. Das ist auch ein Grund, warum es sehr schwer ist, Jugendliche zum Wählen zu animieren. Außerdem fällt es dadurch auch schwer, Jugendlichen unsere Arbeit im Jugendparlament näherzubringen. Aktuell arbeiten wir zum Beispiel daran, einen Nachtbürgermeister in Wiesbaden einzuführen.



Kompetent – und gut gelaunt: Die vier Talkgäste, eingerahmt von den beiden Moderatoren, Intendant Uwe Eric Laufenberg (links) und Stefan Schröder, Chefredakteur dieser Zeitung (rechts).
Fotos: René Vigneron



Thomas Kreimeyer

Ich halte es für das zentrale Thema an diesem Abend, wir haben verlernt zuzuhören. Es wurde in der Talkrunde gesagt: „Wo habe ich der AfD nicht zugehört, dass das passiert?“ Und ich glaube, genau da liegt das Missverständnis. Wir müssen vorher schon zuhören, bevor die Bürger überhaupt zur AfD kommen. Und die Haltung, die jetzt in unserer Gesellschaft anzutreffen ist, empfinde ich als ein Empören, das ich auch teile. Nur: Wir dürfen nicht aufhören zu denken und hinzuhören, was um uns herum passiert.

„Denkzettel sind hochgefährlich“

Von Wahlzwang und Kompromissen: Beim „Talk im Foyer“ zum Thema „Wählen gehen?!“ wird heftig diskutiert



Günther Frümh

Ich nehme mit nach Hause, dass man auch aus Protest wählen kann, ohne die AfD zu wählen. Wir hatten in Bayern auch eine Protestwahl, aber es gab dort sehr viele CSU-Wähler, die die Freien Wähler gewählt haben. Die wollten den Machern der CSU eine Ohrfeige verpassen und haben auch keine AfD gewählt.



Petermartin Oschmann

Ist es nicht ratsam, eine Wahlpflicht einzuführen? Und wäre es nicht eine interessante Idee, auf bestimmten Ebenen mit dem Losentscheid zu arbeiten? So wie das früher in Athen gemacht wurde. Der Populismus wäre dann nicht mehr so stark. Außerdem wären bestimmte Personen nicht ewig im Amt. Sind das nicht Überlegungen, die die Wahlen wieder attraktiver machen können?

Von Nele Leubner

WIESBADEN. Protestwähler, Stammwähler, Wahlverweigerer – der Wähler sei eine ganz besondere Spezies, mag man nach der Diskussionsrunde „Talk im Foyer“ am Montagabend meinen. Eine erfrischende Abwechslung zu Podiumsdiskussionen, in denen Politiker um die Wählergunst buhlen, gab es für die Besucher im Foyer des Hessischen Staatstheaters: Statt der Politikmacher stand bei der Veranstaltung des Theaters und dieser Zeitung zum Thema „Wählen gehen?!“ die Wählerschaft im Fokus. „Spielen die Politiker uns nur etwas vor?“, „Brauchen wir noch Parteien?“ oder „Warum wird nicht mehr über Bildung diskutiert?“ waren Fragen der Moderatoren Uwe Eric Laufenberg, Intendant des Staatstheaters, und Stefan Schröder, Chefredakteur dieser Zeitung. Auf dem Podium diskutierten die Schauspielerin Adriana Altaras, Kommunikationsberater Dirk Metz, Politikjournalist Günter Bannas und die frühere Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul über Politikverdrossenheit, Glaubwürdigkeit von Politik und Medien sowie die Schwierigkeit der Koalitionsbildung.

„Muss mehr als bisher erklärt werden?“

„In einer Demokratie ist jeder nötig. Aber die Leute gehen nicht mit, wir kriegen sie nicht ins Boot“, stellte die Künstlerin Adriana Altaras fest. Dass sie ähnliche Erfahrungen auch schon vor 20 Jahren bei Hausbesuchen gemacht habe, berichtete die erfahrene Politikerin Heidemarie Wiczorek-Zeul, „es ist deshalb die Aufgabe von Politikern, Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit hochzuhalten“.

Glaubwürdigkeit spiele eine große Rolle, meinte auch Journalist Günter Bannas. „Verschärftes Interesse an Politik entsteht, wenn die Menschen den Eindruck haben, Politik oder Medien sind unwahrhaftig“, sagte Bannas, der mehr als 40 Jahre lang als Parlamentskorrespondent für die Frankfurter Allgemeine Zeitung aus Bonn und Berlin berichtet hat. Dass das Interesse an Politik



Ein Ausschnitt aus dem Theaterprogramm darf bei „Talk im Foyer“ nicht fehlen: Uwe Kraus singt „Mit 'nem kleenem Stückchen Glück“ aus „My Fair Lady“.



Über Jahrzehnte mitten im politischen Geschehen: der frühere Korrespondent Günter Bannas.



Hat Martin Schulz im Bundestagswahlkampf geocacht: die Autorin Adriana Altaras.



War elf Jahre lang als Entwicklungsministerin im Amt: Heidemarie Wiczorek-Zeul.



Früher Regierungssprecher von Roland Koch, heute Kommunikationsberater: Dirk Metz.

zurückgegangen sei, stelle er außerdem fest, „ich habe auch das Gefühl, dass viele Menschen nicht mehr verstehen, wie Politik funktioniert und was Kompromiss heißt“. Politiker sollten deshalb – mehr als bisher – das Zustandekommen von Kompromissen erklären, forderte Bannas.

„Es gibt nicht nur die Bringschuld der Politiker“

„Das ist aber nicht nur eine Bring-, sondern auch eine Holschuld“, hielt der Kommunikationsberater und ehemalige Staatssekretär und Sprecher der Hessischen Landesregierung, Dirk Metz, dagegen. Es gebe von der Politik bereits viele Bemühungen, Menschen zu informieren. „Aber immer mehr Menschen weigern sich, sich mit Politik und den Wahlen zu beschäftigen. Und desto weniger verstehen sie auch, wie Politik funktioniert“, meinte er.

Über die Folgen der Wählerverluste der großen Volksparteien gingen die Meinungen auf dem Podium auseinander. Journalist Bannas sagte: „Die Koalitionsbildung wird schwieriger, wenn die großen Volksparteien Wähler verlieren. Aber die Wähler haben es so gewollt und da müssen die Politiker mit fertig werden.“ Er meinte: „Dass Wähler sich statt für die großen Volksparteien für die kleineren Parteien entscheiden, hat nichts mit Protestwählern zu tun. Sie haben sich einfach neu entschieden – sie gehören ja nicht der Partei, nur weil sie früher mal SPD oder CDU gewählt haben.“

„Haushaltsverhandlungen wie auf dem Basar“

Metz hingegen meinte: „Deutschland ist mit den beiden großen Volksparteien gut gefahren.“ Er betonte, den „Denkzettel-Gedanken beim Wählen“ halte er für „hochgefährlich“: „Minderheitsregierungen sind in der Praxis extrem kompliziert. In den Niederlanden lässt sich auch sehen, wie schwierig es in einem Parlament mit 13, 14 verschiedenen Parteien mit vielen verschiedenen Interessen ist. Spätestens bei den Haushaltsverhandlungen werden Verhand-

lungen, die wie auf dem Basar geführt werden, und Erpressbarkeit zum Problem.“ Die Menschen müssten dann auch damit umgehen können, dass „der Politik-Zug sich nicht mehr so wahnhaft bewegt“, meinte Metz. Künstlerin Altaras betonte: „Politik ist immer auch ein Kompromiss zwischen verschiedenen Interessen. Das ist aber kein Argument, um die AfD zu wählen.“ Auch Wiczorek-Zeul sagte: „Die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden – aber es gibt auch Menschen, die ihr Geschäft damit machen.“

Jugendparlamentvorsitzender Silas Gottwald präsentierte aus dem Publikum heraus die Arbeit der Wiesbadener Jugendvertretung und hob die Vorteile einer „Kooperation“ hervor: „Wir haben mit diesem Mittelweg zwischen Minderheitsregierung und Koalition auf kommunaler Ebene sehr gute Erfahrungen gemacht. So ist für den Wähler überprüfbar, wie jede einzelne Partei gearbeitet hat. Ich glaube, dass der Wähler sich dann mehr abgeholt fühlt.“

„Wahlenthaltung ist das gute Recht jedes Bürgers“

Ob eine Wahlpflicht, wie in Belgien oder Luxemburg, für Deutschland sinnvoll wäre, daran zweifelt Kommunikationsberater Metz: „Ich glaube nicht, dass das ernsthaft andere Ergebnisse bringt. Diejenigen, die partout nicht wählen wollen, finden Wege, um sich von der Pflicht befreien zu lassen. Und Wahlenthaltung ist auch eine Entscheidung, ein gutes Recht jedes Bürgers. Zwang würde da eher die Politikverdrossenheit verstärken.“ Er meint: „Unsere Demokratie ist so stabil, dass wir auch mit 60, 70 oder 80 Prozent eine Regierung bilden können.“



Erwin Bechtlinger

Ich habe die Hoffnung, dass es in Hessen nicht so endet wie zuletzt in Bayern. Trotz großer Wahlbeteiligung wünschen wir uns hier nicht solche Zustände wie in Bayern. Jeder soll von seinem Wahlrecht Gebrauch machen.



Lutz Hoppe

Wir haben hier über Demokratie gesprochen und darüber, dass Demokratie Kompromisse hervorbringen muss. Kompromisse werden in Koalitionen oder innerparteilich geschmiedet. Glauben Sie, dass die Änderung des Wahlrechts etwas bewirken könnte? Man könnte dann zum Beispiel nicht nur eine Partei wählen, sondern auch ein Votum abgeben, mit welchen Parteien diese koalieren soll. Glauben Sie außerdem nicht, dass wir in unserer gegenwärtigen Situation nicht auf Teufel komm raus Koalitionen bilden sollten, sondern den Mut haben, mit einer Minderheitsregierung mit wechselnder Mehrheit zu regieren?

